



Abschiebestopp für Opfer rassistischer Gewalt

Im vergangenen Jahr sind die Übergriffe sprunghaft um mehr als 30 Prozent gestiegen

Anlässlich der von der Opferberatung ezra vorgestellten Zahlen zu rassistischer und rechter Gewalt in Thüringen fordern die Flüchtlingspolitikerinnen der Koalition einen Abschiebestopp für Opfer rassistischer Gewalt. Die Übergriffe sind im Vorjahresvergleich sprunghaft um über 30 Prozent gestiegen. Damit hat es 2016 so viele rechtsmotivier- te und rassistische Gewalttaten gegeben wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr.

„Bereits in der letzten Ausschusssitzung hatten wir das Thema ‘Bleiberecht für Opfer rassistischer und rechter Gewalt’ auf die Tagesordnung gesetzt. Derzeit bereiten wir einen Antrag an den Landtag vor, der einen Erlass für Opfer rechter und rassistischer Gewalt vorsieht“, so die Flüchtlingspolitikerinnen Sabine Berninger, LINKE, Diana Lehmann, SPD, und Astrid Rothe-Beinlich, Grüne. Laut Koalitionsvertrag setzt sich Rot-Rot-Grün für ein bundeseinheitliches humanitäres Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt ohne Aufenthaltsstatus ein und prüft eine Umsetzung in Landeskompetenz.

„Brandenburg ist vorangegangen. Wir wollen in Thüringen Opfern rechter und rassistischer Gewalt ebenfalls ein Bleiberecht gewähren. Damit wird eine der Lehren aus dem NSU-Untersuchungsausschuss gezogen und ein wichtiges Signal an die Täter derartiger Angriffe und deren Umfeld verbunden: dass ihrer politischen Zielsetzung ex-

plizit entgegengetreten und das Ziel der Vertreibung vereitelt wird. Unser Dank gilt den in der Opferberatung Tätigen, wie ezra, die Betroffene stützen und begleiten. Ihre Arbeit macht tagtäglich deutlich, dass wir niemals die Augen vor rechter und rassistischer Gewalt verschließen dürfen“, so die Flüchtlingspolitikerinnen.

Nur die Spitze des Eisbergs

„Der erneute Anstieg von mehr als 30 Prozent bei der Gesamtzahl von Fällen rechter Gewalt und eine Steigerung von über 90 Prozent bei rassistisch motivierten Übergriffen machen die brutalen Auswirkungen von völkischen und nationalistischen Einstellungen deutlich, die das Fundament dieser Attacken bilden. Auch mehr als fünf Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU hat Thüringen ein gewaltiges Problem mit rechter Gewalt, dem die Landesregierung mit noch intensiveren Anstrengungen begegnen muss“, sagte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion.

2015 zählte Ezra bereits 121 Fälle rechter und rassistischer Gewalt in Thüringen mit 196 Betroffenen, 2016 sind es nun über 160 Angriffe mit 277 Betroffenen. „Das ist nur die Spitze des Eisbergs, das Dunkelfeld dürfte noch größer sein. Die Kritik der Opferberatung, wonach Polizeibehörden bislang nur unzureichend auf die Beratungsangebote hinweisen, muss die Landesregierung ernst nehmen, die

Zusammenarbeit und den Austausch verbessern“, so die Abgeordnete. Ezra hatte beklagt, dass von 180 BeratungsnehmerInnen nur drei Opfer von rassistischen und rechten Straftaten beim Kontakt mit der Polizei über das Beratungsangebot informiert wurden. Auch die bemängelte unzureichende Beantwortung parlamentarischer Anfragen durch das Innenministerium zu rechter und rassistischer Gewalt müsse abgestellt werden, damit ein präzises Bild über das Ausmaß rechter Gewalt möglich werde.

„In dem aktuellen gesellschaftlichen Klima, befeuert durch Hatespeech in sozialen Netzwerken und Hassreden von bezahlten Thüringer AfD-Mandats-trägern in Brauhäusern und auf Demonstrationen, werden vor allem Geflüchtete und ihre Unterkünfte immer mehr zur Zielscheibe von Angriffen in Thüringen“, so Katharina König, die sich auch auf parlamentarische Anfragen der Linksfraktion bezieht.

2015 wurden nach Kenntnis des Innenministeriums in den ersten drei Quartalen insgesamt 37 Unterkünfte von Geflüchteten angegriffen, davon können 23 eindeutig der politisch motivierten rechten Kriminalität zugeordnet werden. Im selben Zeitraum stiegen 2016 die Übergriffe auf 46 an. Auch die kürzlich auf eine Anfrage der LINKE-Bundestagsfraktion veröffentlichten Zahlen sind besorgniserregend: 2.545 Angriffe auf Geflüchtete und 988 auf ihre Unterkünfte bundesweit im Jahr 2016.

KOMMENTIERT:

von Karola Stange

Rentenungerechtigkeit

Die Bundesregierung hatte sich in einer Anhörung am 22. Februar den Fachfragen des UN-Frauenrechtsausschusses zu ihrer Gleichstellungspolitik gestellt. Die Anhörung bildete einen zentralen Bestandteil des regulären Überprüfungsmechanismus zur Umsetzung des „Abkommens zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau“ (CEDAW), das die Bundesrepublik Deutschland als verbindliches Menschenrechtsabkommen anerkannt hat. Der UN-Ausschuss hat u.a. einen Ausgleichsfonds zugunsten von in der DDR geschiedenen Frauen – etwa 300.000 Betroffene in Deutschland – gefordert.

Seine Einschätzungen zeigen, dass nach den menschenrechtlichen Maßstäben der UN eine massive Diskriminierung vorliegt. Diese soll durch die Schaffung eines steuerfinanzierten Ausgleichsfonds beseitigt werden. Es geht hier um den notwendigen Nachteilsausgleich für eine Ungerechtigkeit im Rahmen der Zusammenführung der Sozialversicherungssysteme.

Hintergrund ist, dass im Rahmen der Zusammenführung der Sozialversicherungssysteme von DDR und BRD keine Angleichung beim Versorgungsausgleich für Frauen erfolgte, die nach 1977 geschieden wurden. Frauen, die damals in der BRD lebten, haben Anspruch auf einen rentenrechtlichen Versorgungsausgleich bei Scheidung, DDR-Frauen nicht. Begründet wird dies damit, dass es in der DDR zu diesem Zeitpunkt und dann bis 1990 keinen solchen Versorgungsausgleich gab.

An diesem Problem werden erneut Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung deutlich. Denn andersherum wurden in entscheidenden Punkten, wie bei der Invalidenrente oder der Mindestrente, die im Vergleich zur BRD günstigeren Regelungen nicht mit überführt und auch die mögliche Angleichung beim Versorgungsausgleich wurde zuungunsten der Betroffenen aus der DDR geregelt. Es ist daher dringend geboten, nun die deutliche politische und rechtliche Positionierung der UN ernst zu nehmen und entsprechende gesetzliche Regelungen für einen Ausgleichsfonds auf den Weg zu bringen.

Das wäre ein wichtiger Schritt, um die noch immer offenen Baustellen der Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West endlich zugunsten der Betroffenen zu regeln.

AKTUELL

Koalitionsfraktionen auf Thüringen Ausstellung

Mit einem gemeinsamen Stand in Halle 1 und vielfältigem Informationsmaterial sind die Koalitionsfraktionen des Thüringer Landtags LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Thüringen Ausstellung in Erfurt vertreten. Bereits am Eröffnungstag, am 4. März, war der Andrang groß und die Abgeordneten (im Foto der LINKE Landespolitiker Knut Korschewsky und Wahlkreismitarbeiterin Annett Schuster) sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen hatten alle Hände voll zu tun.

Die 27. Thüringen Ausstellung, Thüringens größte Verbrauchermesse, findet noch bis zum 12. März in der Erfurter Messe statt. Auf 28.000 Quadratmetern präsentieren mehr als 740 Aussteller ihr Angebot. Zehn Sonderschauen setzen eigene



Schwerpunkte. Außerdem sorgen die Thementage für tägliche Höhepunkte. Hinzu kommen Messen in der Messe, so die Ignition – Die Gründer- und Un-

ternehmermesse (7./8. März) und die Thüringer Gesundheitsmesse am Abschlusswochenende (11./12. März).

Foto: Andreas Schuster

KURZ UND PRÄGNANT

Opel-Verträge auf Herz und Nieren prüfen

„PSA Peugeot-Citroën hat die Übernahme sämtlicher Garantien für Standorte und Beschäftigte bis 2018 sowie Investitionsplanungen bis 2020 verbindlich zugesagt. Das ist insbesondere für Opel Eisenach und die dort Beschäftigten ein wichtiger Erfolg, weil damit auch die Fertigung des neuen Modells Mokka garantiert sein dürfte“, sagte Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion. Er vertraue darauf, dass „die Betriebsräte von Opel und Vauxhall die vorliegenden Verträge nun auf Herz und Nieren prüfen werden. Sofern sich dabei keine Fallstricke abzeichnen werden, sollten wir optimistisch auf eine gemeinsame Zukunft von PSA und der Marke Opel schauen. Insbesondere für die Angestellten sei es von hoher Bedeutung, nun endlich Klarheit über den weiteren Fortgang zu erhalten. Die Kollegen an den Opel-Standorten haben schwierige Tage und Wochen hinter sich. Ich hoffe, dass Befürchtungen ausgeräumt werden konnten und sie sich nun wieder voll auf ihre Arbeit konzentrieren können.“ ■

Aufruf der Koalition an die Gemeinden

Nachdem der Verein Selbstverwaltung für Thüringen e.V. das Verhandlungsangebot des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow über mögliche Änderungen des Vorschaltgesetzes zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen ausgeschlagen hat, rufen die kommunalpolitischen Sprecher Frank Kuschel (DIE LINKE), Uwe Höhn (SPD) und Dirk Adams (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN) die kommunale Familie im Land auf, die bis zum 31. Oktober 2017 dauernde Freiwilligkeitsphase bei der Gemeindegebietsreform aktiv zu nutzen.

„Ich verweise nochmals auf die vom Gesetzgeber beschlossenen finanziellen Anreize im Rahmen der Freiwilligkeit. Insgesamt stehen dafür 155 Millionen Euro zur Verfügung. Pro Einwohnerin und Einwohner wird in diesem Zusammenhang vom Land eine Fusionsprämie von 100 Euro gezahlt. Zudem können notleidende Gemeinden, die in den Jahren 2014 bis 2016 Fehlbeträge im Haushalt hatten, Strukturbeihilfen von bis zu vier Millionen Euro erhalten“, sagt Frank Kuschel. In der gesetzlichen Phase stehe dieses Geld nicht mehr zur Verfügung. Schon deshalb sei es fatal, wenn sich Gemeinden aus welchen Gründen auch immer jetzt nicht auf den Weg machten. ■

„Dieser Verein vertritt nicht unsere Interessen“

„Fraktion vor Ort“ in Apolda: Intensive Diskussion zur Verwaltungs- und Gebietsreform

Dass der Verein „Selbstverwaltung für Thüringen“ sich gerne als Vertretung aller Kommunen in Thüringen sieht, hat zur Veranstaltung der LINKE-Landtagsfraktion „Faktencheck Gebietsreform“ am 2. März in Apolda für einige Diskussionen gesorgt.

Bürgermeister und Vorsitzende von Verwaltungsgemeinschaften distanzieren sich öffentlich von der Aussage, dass diese Reform nicht nötig sei. „Wenn Herr Wolfgang Fiedler (MdL, CDU), wie zur Vereinsversammlung in Weimar, schreiend gegen alles ist, was notwendige Änderungen bringt, dann ist das nicht unsere Veranstaltung“, stellte ein Bürgermeister aus dem Weimarer Land fest.

Der Umkehrschluss, dass im etwa 60-köpfigen Publikum im Apoldaer Stadthaus nur Befürworter der Reform saßen, ist jedoch falsch. Insbesondere die, von einigen Akteuren und dem Ministerpräsidenten, ins Spiel gebrachte Verbandsgemeinde wünscht man sich als Änderung im Vorschaltgesetz. Auch wenn die Aufgabenstruktur sich klar ändert, war es der Wunsch einiger Gemeinden, zumindest juristisch selbstständig zu bleiben. Diese Möglichkeit



besteht nur, wenn Gemeinden auch eine entsprechende Beschlusslage in ihren Gremien herbeiführen, antwortete der Kommunalexperte und LINKE-Landtagsabgeordnete Frank Kuschel (s.Foto). Nachvollziehbar und klar antwortete er auf jede gestellte Frage, so dass die zweieinhalb Stunden kurzweilig erschienen.

Auch der Landrat des Landkreises Weimarer Land, Hans-Helmut Münchberg, ein bekennender Gegner der Reform, stellte viele Fragen. Dass es in der Diskussion teilweise emotional wurde, spürte auch die Landtagsabgeordnete Sabine Berninger, die den Abend moderierte. Souverän löste sie jedoch die Aufgabe, zwischen Fragen, Statements und persönlichen Angriffen zu unterscheiden und entsprechend in die Debatte einzugreifen.

Abschließend wurde festgehalten, dass von den anwesenden Gemeindevertretern die Freiwilligkeitsphase bis Ende Oktober dieses Jahres genutzt werden wird, es jedoch noch viel Diskussionsbedarf bei der konkreten Umsetzung gibt.

Ein freundlich gemeintes Angebot, auch in der öffentlichen Diskussion zu bleiben, gerne auch kontrovers, unterbreiteten sich Kuschel und Münchberg und damit ist der wichtige Schritt einer Unterhaltung über das „Wie“ der Reform eingeleitet. Die Totalverweigerer vom Verein „Selbstverwaltung in Thüringen“ spielten in der Sachdebatte keinerlei Rolle mehr.

Text und Foto: Markus Gleichmann ■

Ein Thüringer Ständchen zum 70. Geburtstag von Willi van Ooyen



Zum 70. Geburtstag von Willi van Ooyen am 23. Februar haben die Abgeordneten der Thüringer Linksfraktion, verstärkt durch Vertreter der Landesregierung, mit einem kleinen Ständchen gratuliert. Das Video, aufgenommen im Plenarsaal kurz vor Beginn der Landtagssitzung, wurde auf facebook unter DIE LINKE Thüringen mehr als 2.000 Mal aufgerufen.

Willi van Ooyen war seit 2008 für DIE LINKE im hessischen Landtag, u.a. ei-

ner von zwei Fraktionsvorsitzenden und setzte dort sein Engagement aus Friedens- und Sozialforumsbewegung fort. Wie er ankündigte, wird er ab April aus dem hessischen Landtag ausscheiden und sich wieder der Arbeit in Bewegungen widmen. Im Neuen Deutschland war zu lesen, dass er als außerparlamentarischer Aktivist am 17. April den Frankfurter Ostermarsch mitgestalten wird. Seit 2008 ist DIE LINKE kontinuierlich mit einer sechsköpfigen Fraktion

im Landtag von Hessen vertreten. Damit ist Hessen das einzige größere westliche Flächenland, in dem DIE LINKE dreimal in Folge die Fünfprozenthürde übersprungen und den Einzug in den Landtag geschafft hat. Umfragen räumen der Partei derzeit acht Prozent ein. Die nächsten Landtagswahlen finden in Hessen im Herbst nächsten Jahres statt. Gleichberechtigte Fraktionsvorsitzende ist neben Willi van Ooyen seit 2009 die 35jährige Janine Wissler. ■

Thüringen drohen neue Neonazi-Großkonzerte

NACHGEFRAGT bei Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraction

Unter dem Namen „Turonen“ und „Garde 20“ tritt seit über einem Jahr eine neue Neonazi-Gruppe in Thüringen auf, die Lederkutteln trägt und u.a. Rechtsrock-Konzerte organisiert. In der Fragestunde im Landtag am 23.2. hatte auf Anfrage von Katharina König das Innenministerium deren europaweite Kontakte bestätigt.

Nun ist es offiziell, die neonazistische Rockerbande aus Thüringen war für das Konzert mit 5.000 Neonazis im Oktober 2016 in der Schweiz verantwortlich, wie Innenstaatssekretär Udo Götze im Plenum informierte. Bereits im letzten Jahr wurde bekannt, dass die Neonazis einen sechsstelligen Euro-Beitrag alleine mit Eintrittsgeldern umgesetzt haben. Das Geld wurde auf das Konto eines Saalfelder Neonazis eingezahlt. Auch Thüringen muss sich in diesem Jahr wieder auf Neonazi-Großveranstaltungen gefasst machen. Vom Erfolg aus der Schweiz beflügelt planen die Kuttennazis ein Konzert mit Größen der deutschen Rechtsrock-Szene im Sommer.

Was verbirgt sich hinter den „Turonen“?

Das sind alte bekannte Neonazis aus Thüringen, die nun auf Rocker machen, weil sie dieser Habitus mit Männerkult und das elitäre Gehabe reizen. Zuvor traten einige schon im Namen einer „Bruderschaft“ auf. Die „Turonen“ tragen einheitliche Lederwesten, nähern sich „Patches“ auf und orientieren sich auch an der Hierarchie von konventionellen Rockerbanden. Sie organisieren Rechtsrock-Konzerte und stellen dort einen eigenen Sicherheitsdienst am Einlass, um ungestört feiern zu können. Zwischen Mai 2014 und August 2016 wurden elf Konzerte und Feiern, meistens in Kirchheim (Ilmkreis), gezählt, an denen sich die selbsternannten „Turonen“ beteiligten, häufig mit

rund 200 Neonazis. Die „Turonen“ selbst bestehen aus etwa 20 bis 25 Personen, so das Innenministerium. Hinzu kämen weitere 10 bis 15 im Umfeld. Als Erkennungszeichen tragen sie ein Pfeilkreuz der ungarischen Faschisten und eine Raute mit der Zahl 20.

Wie ist der Vernetzungsgrad einzuschätzen?

Die Gruppe sammelt sich um die Ballstädter Neonazi-Szene im Land-

kreis Gotha, die mit dem „Gelben Haus“ über eine eigene Immobilie verfügt. Sie hat aber auch in anderen Orten Thüringens Anhänger, wie in Saalfeld und im Saale-Orla-Kreis. Offenbar auch in zwei Nachbarbundesländern. Mehrere Mitglieder sind wegen des Überfalls auf die Ballstädter Kirmesgesellschaft im Jahr 2014 aktuell vor dem Landgericht Erfurt angeklagt. Damals wurden bis zu zehn Menschen verletzt, einige Opfer sogar schwer. Auch spielen einige in Rechtsrock-Bands mit. Die Gruppe ist bundes- sowie europaweit vernetzt, wie auch das Innenministerium bestätigte.

Was kommt als nächstes, was plant dieses Netzwerk?

Die gleichen Organisatoren, die für das große Konzert in der Schweiz verantwortlich waren, rühren derzeit bundesweit im Neonazi-Milieu die Werbetrömmel für eine Großveranstaltung, die voraussichtlich am 15. Juli in Thüringen stattfinden soll und mit der Band „Stahlgewitter“ den gleichen Stargast wie in der Schweiz aufweist. Bereits 2016 waren über 600 Neonazis beim „Rock gegen Überfremdung“ in Kirchheim. In Mobilisierungsvideos

und Flyern wird nun eine größere Fortsetzung angekündigt und mit dem Schweizer Konzert geworben, auf dem man sich habe ungestört von Behörden austoben können. Auch andere Konzerte stehen bevor, wie zum „Eichsfeldtag“ vom neugekürten Thüringer NPD-Chef Thorsten Heise in Leinefelde am 6. Mai. Dass dort die Schweizer Band „Amok“ aus dem Umfeld des in Deutschland verbotenen Netzwerkes „Blood & Honour“ auftreten soll, ist bezeichnend. Personelle Überschneidungen mit „Erschießungskommando“, der Schweizer Band, gegen die aktuell Thüringer Behörden wegen Mordaufrufen ermitteln, werden „Amok“ nachgesagt. Die Band trat auch beim Schweizer Großkonzert in Unterwasser auf und ist bestens mit den Neonazi-Schlägern aus Ballstädt vernetzt.

Was bedeutet das für Thüringen?

Thüringen gehört zu den deutsch- und europaweit begehrtesten Austragungsorten für Neonazi-Musik. Im letzten Jahr zählte die Mobile Beratung MOBIT mit 50 Veranstaltungen eine Verdopplung zum Vorjahr. Kirchheim ist bereits zum Nazi-Pilgerort Nummer eins geworden. Mit der Ausweitung auf das Außengelände der von Neonazis seit Jahren genutzten Immobilie und dem Testballon in der Schweiz drohen weitere Konzerte, bei denen die Teilnahme von mehreren Tausend Neonazis nicht ausgeschlossen ist. Bereits im Mai 2016 gab es ein Konzert in Hildburghausen mit 3.500 Neonazis. Dieser „Normalisierung“ muss die Zivilgesellschaft durch eine klarere Positionierung und Widerstand in den Kommunen entgegenwirken. Genauso sind die Sicherheitsbehörden aufgefordert, auf allen Ebenen mit den zur Verfügung stehenden rechtlichen Handlungsspielräumen gegen die Neonazi-Musikszene, ihre Konzerte und Immobilien vorzugehen. ■



VON A BIS Z:

Landesnetzagentur

Die Landtagsdebatte am 24. Februar zur Errichtung einer Landesnetzagentur hat aus Sicht von Steffen Harzer, Energiepolitiker der Linksfraction, unterstrichen, dass es Sinn macht, eine solche Landesregulierungsbehörde einzurichten, auch wenn Mehrkosten für den Freistaat entstehen sollten: „Wir stärken damit nicht nur die Stadtwerke, sondern auch deren Kunden, da Entscheidungen schneller, sachkundiger und im Sinne Thüringens getroffen werden können.“

Die Koalitionsfraktionen haben im zuständigen Ausschuss bereits eine Anhörung auf den Weg gebracht, um die Vorteile, aber auch eventuelle Nachteile einer Landesregulierungsbehörde herauszuarbeiten. Da dies in Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion geschah, zeigte sich Steffen Harzer überrascht vom CDU-Antrag „Thüringens Gestaltungsspielräume bei der Energiewende stärken - Für eine Landesnetzagentur“ mit Fragen, die Gegenstand der Anhörung im Umweltausschuss sind.

So habe die Plenardiskussion „wenig gebracht, da keine Beschlussempfehlung vorgesehen war. Es war wohl eher der vergebliche Versuch, einen Konflikt zwischen Landesregierung und Koalitionsfraktionen zu konstruieren“, sagte der LINKE-Abgeordnete. In der Debatte sei jedoch deutlich geworden, dass das zuständige Umweltministerium und die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen auch bei diesem Thema eng und intensiv zusammenarbeiten. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt in der Zeit vom 22. bis 24. März und vom 5. bis 7. April.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraction melden (Tel. 0361 3772295).

Fraktion vor Ort:

In der Reihe „Fraktion vor Ort“ findet die nächste öffentliche Diskussionsrunde zum Thema Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform am Dienstag, den 14. März, um 18.00 Uhr im Sporthotel Mühlhausen statt.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de ■

Hebammen

Mit einem Alternativantrag der rot-grünen Fraktionen sind am 23. Februar im Landtag Maßnahmen beschlossen worden, die die zukunftsfeste Versorgung mit Hebammenleistungen für alle in Thüringen lebenden Familien sicherstellen. Der im Koalitionsvertrag vereinbarte und im Jahr 2015 eingerichtete Runde Tisch für Geburt und Familie mit Experten aus den Bereichen Gesundheit, Familie und Soziales kümmert sich u.a. um Bedarfsplanung und konkrete Umsetzungsschritte. Der Aufgabe, die Bedingungen für Hebammen weiter zu verbessern und besonders in den Bereich der Aus- und Weiterbildung zu investieren, stellt sich die Koalition. Der Beruf der Hebammen soll attraktiver gemacht werden. ■

Lebensmittel

Anlässlich des Weltverbrauchertages laden die Koalitionsfraktionen am Dienstag, den 14. März, zu einer Veranstaltung in den Landtag ein unter dem Titel „Mensch, mach dir 'ne Rübe - Lebensmittelverschwendung vermeiden“ (s.a. www.die-linke-thl.de). Mit Verbraucherschützern, Politikern und Vertretern des Einzelhandels geht es um Maßnahmen zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung. Die Veranstaltung findet von 14.00 bis 17.00 Uhr im Raum F 101 im Funktionsgebäude des Thüringer Landtags in Erfurt statt. Sie ist verbunden mit einer Präsentation von Vereinen und Institutionen zu Strategien und Anwendungen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung. ■

Autofasten

Bahn Thüringen, die Evangelische Kirche Mittelthüringen, zahlreiche Verkehrsunternehmen und viele Bürger unterstützen den Aufruf, vom 1. März bis zum 15. April möglichst auf das Auto zu verzichten. „Auch wenn man oft auf das Auto angewiesen ist, kann man kurze Wegstrecken auch zu Fuß oder mit Öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen. Radfahren ist ebenfalls eine gute Alternative. Deshalb beteilige ich mich seit Jahren an dieser Initiative“, so Dr. Gudrun Lukin, Sprecherin für Verkehrspolitik der Linksfraction. Günstige „Fastentickets“ erleichtern den Umstieg. Jeder sollte versuchen, nach seinen Möglichkeiten, einen Beitrag zu Klima- und Lärmschutz zu leisten. www.autofasten-thueringen.de ■

KURZ UND PRÄGNANT

Ehren-Dokortitel fälschlich verwendet

„Der Spiegel“ berichtete (Ausgabe 18.02.), dass der CDU-Bundestagsabgeordnete Albert Weiler den an ihn verliehenen Ehren-Dokortitel aus Armenien durch das Weglassen des gesetzlich vorgeschriebenen Namenszusatzes fälschlich verwendet. Christian Schaft, wissenschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, hat sich mit einer Mündlichen Anfrage an die Landesregierung gewendet: „Das Thüringer Hochschulgesetz hat dazu klare Festlegungen, die auch nach meiner Auffassung vom Bundestagsabgeordneten Albert Weiler sträflich vernachlässigt werden.“ Nach § 53 Absatz 6 ist ein solcher Ehrengrad „unter Angabe der verleihenden Stelle“ zu führen. „Diese klare Vorgabe ignoriert Albert Weiler u.a. auf seiner Homepage fortgesetzt. Ich möchte deshalb von der Landesregierung wissen, wie sie diese unrechtmäßige Anwendung beurteilt und welche Möglichkeiten bestehen, Herrn Weiler zur Gesetzeskonformität zu bewegen. Es ist auch insbesondere deswegen von Bedeutung, die verleihende Stelle zu nennen, weil so mögliche Abhängigkeiten aufgezeigt werden.“ Außerdem verweise „Der Spiegel“ darauf, dass der Titel als Dank für Lobbyarbeit verliehen worden sei. ■

Freie Netze, moderne Daseinsvorsorge

„In zu kleinen Schritten nähert sich die Große Koalition im Bund den notwendigen Rahmenbedingungen für freie WLAN-Netze. Für DIE LINKE steht fest: Freie Netze an möglichst vielen Orten sind heute ein wesentlicher Bestandteil moderner Daseinsvorsorge“, kommentierte Katharina König, netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion, die Ankündigung von neuerlichen Nachbesserungen am Telemediengesetz mit dem Ziel, die Störerhaftung (Mithaftung des Funkdatennetz-Betreibers, wenn über sein Netz Straftaten verübt werden) weiter einzuschränken.

„Die Nachbesserung am Telemediengesetz ist notwendig, um insbesondere kleinen und nichtkommerziellen Anbietern die Öffnung ihrer Netze zu ermöglichen, ohne dass sie Furcht vor hohen Gerichtskosten haben müssen, obwohl sie sich selbst nichts zu Schulden kommen lassen haben. Kleine Freifunk-Vereine würden schnell von solchen Kosten in ihrer Existenz bedroht. Aber auch kleine Cafés, Restaurants und Pensionen, wie sie den Thüringer Tourismus prägen, würden von solcher Rechtssicherheit sehr profitieren“, betonte die Abgeordnete. ■

Vorwurf zurückgewiesen

MdL Kati Engel: Drogenkonsum ist Marker für gesellschaftliche Fehlentwicklungen

Den Vorwurf der CDU-Fraktion, sie habe in der Debatte im Landtag am 24. Februar den Drogenkonsum junger Mütter verharmlost, hat Kati Engel, Sprecherin für Ausbildung, Kinder- und Jugendpolitik der Linksfraktion, entschieden zurückgewiesen.

„Die Problematik der suchterkrankten Eltern und ihrer Kinder ist vielfältiger und hat mehr Ebenen, als es die CDU in ihrem Antrag dargestellt hat.“ Es sei viel zu kurz gegriffen, Drogengebrauch mit Experimentierfreude und Unkenntnis abzutun. „Nicht umsonst fruchten Verbote nicht und führt die reine Abstinenztherapie meist zu Rückfällen. Die CDU ignoriert die gesellschaftlichen Ursachen, wie den stetig steigenden Leistungsdruck und die wachsende soziale Ungleichheit“, sagte Kati Engel.

Crystal sei eine aufputschende Droge, die sowohl Leistungsgrenzen vergessen mache als auch Ängste nehme. „Es ist doch bezeichnend für unsere Gesellschaft, dass gerade der Gebrauch dieser Droge und anderer Amphetamine zunimmt und das halluzinogen wirkende Heroin als vorherrschende Droge längst abgelöst hat. Der Konsum von Drogen ist ein Marker für

Fehlentwicklungen in der Gesellschaft“, so die Abgeordnete weiter.

„Wir werden allein mit Repressionen die drogenbedingten Probleme nicht in den Griff bekommen. Sondern wir müssen endlich anfangen, die Ursachen für den Konsum zu verstehen und gezielt anzugehen.“ Die CDU verkenne zudem die gesellschaftliche Realität: „Die Problemdroge Nummer eins ist und bleibt der Alkohol. Wenn über Drogengebrauch von Schwangeren oder Müttern geredet wird, helfen Unterteilungen, wie in ‚legale‘ und ‚illegale‘ Drogen, nicht weiter, denn sie sagen rein gar nichts über die eigentliche Gefährlichkeit dieser Substanzen“, unterstrich die LINKE-Politikerin, selbst Mutter zweier Kinder.

Für mehr Vielfalt in der Suchthilfandschaft

„Es gibt viel mehr Kinder, die durch Alkoholkonsum oder Rauchen in der Schwangerschaft geschädigt werden, als Neugeborene, die mit Entzugssyndromen durch Heroin oder Substitutionsmittel auf die Welt kommen. Alkoholkonsum während der Schwangerschaft verursacht die am häufigsten vermeidbare Fehlbildung: das Fetale Alkohol Syndrom.“

Die CDU verkenne auch, dass die Kinder suchtkranker Eltern nicht nur während der Schwangerschaft oder kurz nach der Geburt Hilfe benötigen. Auch durch das Aufwachsen in suchbelasteten Familien sei ihre gesunde Entwicklung gefährdet.

Die Landtagsabgeordnete kritisierte: „Erst wenn es zu spät ist, erst, wenn Kinder und Jugendliche krank oder sozial auffällig werden, greifen die Hilfenansprüche aus der Jugendhilfe oder der Krankenversicherung.“ Außerdem setzt sie sich für mehr Vielfalt in der Suchthilfandschaft und eine wissenschaftliche Begleitung ein, „damit passgenaue Hilfe angeboten werden kann“.

„Der Antrag der CDU-Fraktion beinhaltet keinen einzigen Vorschlag, der nach vorne weist und neue Wege in der Drogenpolitik beschreitet. Für sich genommen sind einige Punkte natürlich nicht zu beanstanden, denn sie sind ebenso richtig wie unkonkret. Da der Antrag aber ein wichtiges Thema aufmacht, haben wir ihn in den Fachausschuss überwiesen, um dort weiter zu beraten und gemeinsam eine Verbesserung für alle Betroffenen zu erreichen“, so Kati Engel. ■

Fusionsdiskussionen: Für dauerhaft tragfähige Lösungen

Die geplante Gesprächsrunde der Bürgermeister der Region Schmalkalden-Meiningen und Wartburgkreis (Freies Wort/Südthüringer Zeitung vom 24.02.) wurde von den LINKEN Landtagsabgeordneten der Region Anja Müller, Steffen Harzer und Ronald Hande begrüßt. Für sie ist dies ein richtiger und wichtiger Schritt der Verwaltungschefs, die Freiwilligkeitsphase im Rahmen der anstehenden Thüringer Gebietsreform für ihre jeweiligen Kommunen zu nutzen.

Den Gedanken, die beiden Landkreise mit der Stadt Eisenach zu fusionieren, sehen die drei Parlamentarier jedoch kritisch. „Für den Raum Südwestthüringen ist eine Gebietsstruktur mit dem Zentrum Suhl/Zella-Mehlis in Form einer großen kreisangehörigen Stadt entscheidend“, hob Ronald Hande hervor. „Ein Zusammenschluss von Wartburgkreis und Schmalkalden-Meiningen mit Eisenach schafft dagegen keine bessere Lösung für den gesamten Raum südlich des Rennsteigs.“ Die Verflechtungen der Region Schmalkalden gingen außerdem nach allen Seiten, wie auch am Beispiel der Rhön-Rennsteigsparkasse festzustellen ist.

Ebenso sieht es der Meininger Abgeordnete und frühere Bürgermeister von Hildburghausen Steffen Harzer. „Die Region Hildburghausen und Sonneberg würde bei dieser vorgeschlagenen Variante abgehängt. Der Vorschlag der Landesregierung ist durchdacht und Meinungen könnte darin Kreisstadt



bleiben mit Verwaltungssitzen in den früheren Kreisstädten.“ Zudem sei eine Gebietskulisse mit zwei Theaterstandorten auf Dauer wohl schwer zu halten. Die Frage, ob einzelne Kommunen zum Maßstab einer Kreisgebietsreform gemacht werden sollten, liegt in der Regelungen des Landesentwicklungsplans sowie des Vorschaltgesetzes und muss den Interessen der Menschen in ganz Thüringen entsprechen. Unabhängig davon können einzelne Kommunen auch über bestehende Kreisgrenzen hinweg neue Gebilde schaffen.

„Mit den Möglichkeiten der Freiwilligkeit kann auch eine Lösung im Sinne einer Thüringer Rhön geschaffen werden“, betonte Anja Müller. Für die Ab-

geordnete aus dem Raum Bad Salzungen könnte die Verwaltungsgemeinschaft „Hohe Rhön“ in den Wartburgkreis wechseln. Gleiches gilt für die Stadt Breitung. „Das Vorschaltgesetz bietet diese Möglichkeit und die Kommunen der Rhön sollten diese im Sinne einer vereinten Thüringer Rhön nutzen“, so Anja Müller weiter.

Der Stand von Bad Salzungen als Kreisstadt wäre in einer Konstellation Wartburgkreis-Schmalkalden-Meiningen eher unwahrscheinlich. Die drei LINKEN Landespolitiker sehen in dem neuen Vorschlag zwar einen im Einzelfall nachvollziehbaren Gedanken, jedoch keine dauerhaft tragfähige Lösung für den gesamten Raum Südwestthüringen. Foto: Peter Lahn ■

DAS THEMA

Auf einer Klausurberatung am 27. und 28. Februar in Tambach-Dietzharz hatte sich die Landtagsfraktion DIE LINKE zu den Planungen für den Doppelhaushalt 2018/19 verständigt. Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion und der Thüringer Linkspartei, sagte zu den Ergebnissen:

„Unser Ziel ist es, spürbare Verbesserungen im Leben möglichst vieler Menschen in Thüringen zu ermöglichen. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Geld für gute Arbeit, für bessere Bildung, Gesundheit und verlässliche öffentliche Infrastruktur sind unsere Schwerpunkte für den Haushalt. Das Zukunfts-Investitionsprogramm und das Kommunal-Investprogramm der Landesregierung sind Grundlagen für die politischen Schwerpunkte. Rot-Rot-Grün wird gut 600 Millionen Euro mehr als bisher für Schulen und Kitas, Kommunen und die soziale, kulturelle und mobile Infrastruktur einsetzen.“

Als LINKE werden wir in den anstehenden Beratungen besonders für die Verstärkung der Arbeitsmarktprogramme, für die Einführung eines Azubi-Tickets und einen einheitlichen Verkehrsverbund, die Verringerung des Unterrichtsausfalls, mehr Lehrer, die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten, bessere Seniorenmitwirkung und faire Entlohnung im Sozialbe-

„Wir gestalten und investieren“

Klausur der Linksfraktion zum nächsten Doppelhaushalt

reich streiten. Wir machen´s gerecht!“ Mike Huster, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und haushaltspolitischer Sprecher, sagte zu den rot-rot-grünen Haushaltsberatungen: „Koalition und Regierung führen ihren kon-

Rot-Rot-Grün gießt die Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag mit dem Doppelhaushalt 2018/19 in Zahlen.“

Zudem hat die Linksfraktion auf ihrer Klausur das „Personalentwicklungskonzept 2025“ beraten, mit dem in

Thüringen die Weichen vom Personalabbau der CDU-geführten Vorgängerregierungen hin zu einer auf Fachkräftegewinnung ausgerichteten Personalstrategie gestellt werden sollen. Um den Unterrichtsausfall an Schulen zu verringern, setzt sich DIE LINKE für die Einstellung von 1.500 Lehrern

für die kommenden zwei Jahre ein – also deutlich mehr Pädagogen als bisher geplant. Vom beitragsfreien Kita-Jahr werden ab dem nächsten Jahr 15.000 Familien pro Jahr in Thüringen profitieren. Außerdem sollen die Gelder für Investitionen und Personal an den Kindergärten erhöht werden. ■



struktiven haushaltspolitischen Dreiklang fort: Wir gestalten und investieren, wir federn durch Rücklagen Zukunftsrisiken ab und tilgen weiterhin in verantwortungsvoller Weise den von den früheren CDU-Regierungen aufgehäuften Schuldenberg. Unsere Haushaltspolitik ist solide und solidarisch.

Tourismusabgabe

Die für Thüringen angekündigte Einführung einer Tourismusabgabe hat der LINKE Abgeordnete Knut Korschewsky ausdrücklich begrüßt. Dies sei „ein Instrument, das es Kommunen ermöglicht, die notwendigen Eigenanteile bei der Förderung zur Instandhaltung und zum Ausbau der touristischen Infrastruktur vor Ort aufzubringen.“

Der Politiker verwies darauf, dass Tourismus ein bedeutender Wirtschaftsfaktor ist: „Kommen Gäste in eine Region führt das immer auch zur lokalen Wertschöpfung bei Gewerbetreibenden. Deshalb haben Unternehmer auch stets ein Interesse daran, dass unsere Orte mit einer vernünftigen Infrastruktur ausgestattet sind, um Gäste aus Nah und Fern anzulocken. Oftmals scheitern die Kommunen aber an der Tatsache, dass bei der Haushaltsaufstellung die freiwillige Aufgabe Tourismus hintenunterfällt. Genau das kann mit der zweckgebundenen Tourismusabgabe, deren Einnahmen verbindlich für touristische Investitionen zu nutzen sind, künftig nicht mehr passieren. Deshalb verstehe ich auch nicht die Vorbehalte der kommunalen Spitzenorganisationen und hoffe, dass diese im Zuge der weiteren Diskussion noch einmal überdacht werden.“ Beispiele aus anderen Bundesländern, etwa Sachsen, belegten die positiven Effekte. Der kommunale Investitionsstau im Bereich des Tourismus könne zielstrebig abgebaut werden und Landes- und Bundesfördermittel könnten zügiger an die Kommunen abfließen. ■

Für eine gute Bildungspolitik

Mit Blick auf die Studie „Chancen-spiegel 2017“ hatte der bildungspolitische Sprecher Torsten Wolf erklärt:

„Wir als LINKE-Landtagsfraktion setzen mit unserer Bildungspolitik und Personalpolitik für die Schulen die Rahmenbedingungen. Noch nie in der jüngeren Geschichte Thüringens wurden so viele Lehrer und Erzieher eingestellt, noch nie so viel in Schulbau und -sanierung investiert wie unter Rot-Rot-Grün. Wir sind die verlässlichen und gestaltenden Partner der Schulen, der Schüler und der Eltern.“

Die Studie zeigt zuerst: dass in Deutschland nach wie vor ein enger Zusammenhang von Herkunft und Bildungschancen besteht, dass zu viele Schüler mit Motivationsproblemen und schwachen Leistungen zu kämpfen haben. Wir freuen uns, dass Thüringen besser abschneidet als fast alle anderen Bundesländer, dass hier die soziale Selektion weniger wirksam ist. Rot-Rot-Grün ist eine gute Ausstattung des Bildungssystems mit Lehrern, Schulsozialarbeit und Psychologen wichtig. Das werden wir auch im kommenden Landeshaushalt mit noch einmal 1.500 Neueinstellungen in zwei Jahren beweisen – eine Kraftanstrengung. Wenn die Studie den Mangel an Bildungschancen für junge Ausländer als eines der Hauptprobleme im gegenwärtigen Bildungssystem benennt, so wissen wir, dass wir hier dranbleiben müssen. Aktuell bereitet Thüringen ein Landesprogramm vor, das für geflüchtete Jugendliche mit Lücken in der Sprachbeherr-

schung und im Schulwissen den Einstieg in eine berufliche Ausbildung in Thüringen deutlich verbessern soll.“

Regelungsbedarf bei Mindestgrößen von Schulklassen

Zur derzeitigen Diskussion zu Mindestgrößen im Schulbereich sagte Torsten Wolf: „Thüringen ist das einzige Bundesland, das keine verbindlichen Regelungen zu Klassenmindestgrößen ausweist. Dies ist in Zeiten einer durchdachten und zukunftsfähigen Schulstruktur nicht länger tragbar.“ Die rot-rot-grüne Landesregierung werde im Laufe der Legislatur den von der CDU zu verantwortenden Sanierungsstau an den Thüringer Schulen nahezu halbieren. „Um zukunftsfähige und für die organisatorische wie pädagogische Schulentwicklung notwendige Strukturen zu schaffen, haben wir nicht nur eine massive Schulbauinvestitions-Initiative auf den Weg gebracht, sondern mit einer neuen Schulbaurichtlinie auch die Zukunftsfähigkeit gesichert.“

Hintergrund: Der Gemeinde- und Städtebund hatte in einer gemeinsamen Erklärung im Jahr 2006 der Landesregierung Klassenmindestgrößen vorgeschlagen: für Grundschulen mind. 15 (Gesamt 60), pro Jahrgangsstufe mind. 36 in den Regelschulen (gesamt 216), für Gymnasien 60 pro Eingangsklassenstufe. Dies hatte der Gemeinde- und Städtebund im Dezember 2016 bestätigt und entsprechende Regelungen angemahnt. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Unterstützung für engagierte Sportler

Lauterbach liegt am Rande des Hainich zwischen Eisenach und Mühlhausen, hat weniger als 700 Einwohner, ist aber sportlich in der 2. Bundesliga vertreten. Dafür sorgt die Damenmannschaft des „Harsberger Kegelsportverein BLAU-WEISS Lauterbach e. V.“, Tabellenplatz drei. Der Verein übernimmt auch Aufgaben der örtlichen Jugend- und Gemeindearbeit. So können im Projekt mit der DJH Jugendherberge Lauterbach Besucher die Kegelbahn kostenfrei nutzen und werden dabei professionell betreut. Dies hatte die LINKE Wahlkreisabgeordnete Kati Engel zum Anlass genommen für die Übergabe eines Schecks aus dem Spendenfonds der Alternative 54 e.V. Sie sagte: „Wenn jungen Menschen Sport näher gebracht wird, ist dies immer unterstützenswert. Gerade im ländlichen Raum, wo die Freizeitmöglichkeiten oft begrenzt sind, ist dies umso wichtiger.“ ■



Abgeordnetenrecht umfassend reformieren

Die AfD-Fraktion hatte in der Landtagssitzung am 22. Februar einen Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes eingebracht. In der Debatte hatte es für die Linksfraktion Knut Korschewsky zurückgewiesen, mit öffentlicher Effekthascherei das Abgeordnetenrecht reformieren zu wollen. Notwendig ist vielmehr eine umfassende Reform des Abgeordnetenrechts, wozu die LINKE in der Vergangenheit bereits Initiativen vorgelegt hatte. „Uns geht es neben den Fragen der Altersversorgung auch um die Abschaffung der automatischen Diätenerhöhung und der steuerfreien Aufwandspauschalen, also um die steuerliche Gleichstellung mit den ‚normalen‘ Bürgern.“ Bei der Erarbeitung dieses „Reform-Gesamtpakets“ sollten auch Sachverständige aus Wissenschaft und Praxis hinzugezogen werden. In anderen Bundesländern wurden solche umfassenden Reformen schon erfolgreich durchgeführt, wie in Nordrhein-Westfalen als erstem Bundesland bereits vor mehr als zehn Jahren. ■

Rechte der Verbraucher sollen gestärkt werden

Zu einer Klausur trafen sich LINKE Abgeordnete aus Bund und Ländern in Erfurt

Im Thüringer Landtag in Erfurt hatten sich am 20. Februar die Verbraucherpolitikerinnen und Verbraucherpolitiker der Bundestagsfraktion DIE LINKE und aller LINKEN Landtagsfraktionen zu einer Klausur getroffen. Ziel der Beratung war die Festlegung gemeinsamer Themen und Initiativen in diesem Jahr.

„Verbraucherschutz mit seinen vielen Schnittstellen ist eines der dynamischsten Politikfelder überhaupt“, hatte im Anschluss an die Beratung die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Susanne Hennig-Wellsow, erklärt (im Foto während der Beratung). „Ich freue mich, dass wir die verschiedenen Bereiche einer eigenständigen LINKEN Verbraucherpolitik gemeinsam beraten konnten. Wir wollen eine soziale Verbraucherpolitik gestalten, die die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärkt und diese gegenüber Unternehmen durchsetzt.“

Bei der gemeinsamen Erfurter Beratung wurde deutlich, dass sich eine an den Zielen einer sozialen und gerechten Gesellschaft orientierte Verbraucherschutzpolitik nicht mehr nur bei ihren ursprünglichen Handlungsfeldern wie einer guten Beratung aufhalten will. „Wir wollen eine Politik für Verbraucherinnen und Verbraucher gestalten, die es den Menschen er-



möglicht, sich auch unter Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Aspekten zu entscheiden, sich umfassend zu informieren und vor allen Dingen, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen“, so die Bundestagsabgeordnete Karin Binder.

Im Ergebnis der Klausur wurden konkrete Initiativen für die nächsten Monate vereinbart. „Hierzu gehört die Verbesserung der Schulverpflegung. Die LINKE im Bundestag und die LINKEN Landtagsfraktionen werden dieses Thema in den nächsten Monaten gemeinsam angehen und sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene konkrete Vorschläge machen“, so die Thüringer Landtagsabgeordnete Diana Skibbe.

Langfristiges Ziel ist eine hochwertige und unentgeltliche Kita- und Schulverpflegung, die alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Dazu soll der Bund die Finanzierung der Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten sicherstellen. Qualitätsstandards und deren Einhaltung sollen festgeschrieben werden.

„Die Klausur hat eindrucksvoll gezeigt, dass die erfolgreiche Gestaltung einer eigenständigen LINKEN Verbraucherpolitik nicht nur an der Frage von Opposition oder Regierungsverantwortung hängt, sondern an der Kraft des Gestaltens. Dazu war die Tagung ein guter Auftakt“, sagte Diana Skibbe. Das begonnene Format soll regelmäßig fortgesetzt werden. ■

Fraktion begrüßt Petition der Freiwilligendienstleistenden

Unter dem Motto „Freie Fahrt für Freiwillige“ haben Freiwilligendienstleistende der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Thüringen e. V. (LKJ) eine Online-Petition zum Mitzeichnen gestartet. Ziel ist es, ein Semesterticket für Freiwilligendienstleistende im Raum Thüringen zu etablieren, so wie es für Studierende in Thüringen bereits existiert.

„Wir begrüßen die Initiative dieser engagierten jungen Leute“, so die jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Kati Engel. „Genau das zeigt uns doch, dass junge Menschen eben nicht politikverdrossen sind, sondern mitreden und sich einbringen wollen. Wir müssen ihnen nur diese Möglichkeiten auch einräumen.“

„Allerdings bleiben momentan junge Menschen, die einen freiwilligen Dienst ableisten zum Beispiel in einer kulturellen Einrichtung, komplett auf ihren Fahrtkosten sitzen“, erläutert die kulturpolitische Sprecherin Katja Mitteldorf. „Oft treten Jugendliche eine FSJ-Stelle gar nicht erst an, weil sie nicht wissen, wie sie diese Finanzierungslücke schließen sollen.“



„Natürlich wissen sowohl wir als auch die Landesregierung von der Problemlage der FSJlerInnen“, ergänzt die verkehrspolitische Sprecherin Dr. Gudrun Lukin. „Die Landesregierung hat sie deshalb in ihre Planungen eines Azubi-Tickets mit einbezogen.“

Die Thüringer Landesregierung will 2018 ein landesweites Ticket für Schülerinnen und Schüler der Klassen 11 und 12, für Personen im freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahr sowie für Auszubildende vom Wohnort zur (Berufs-)Schule bzw. beim FSJ zum Einsatzort einführen. Auszubildende und Freiwilligendienstleistende sollen zudem die Möglichkeit erhalten, einen additiven Baustein im Bereich des Verkehrsverbunds Mittelthüringen (VMT) für 9,50 Euro zu erwerben, der dann sowohl zur Beförderung zum Arbeits-

platz als auch zur freien Nutzung des VMT-Angebotes und aller Angebote der DB-Regio berechtigt.

Die Petition hatte mit Stand vom 23. Februar 1.523 Unterzeichner und damit das Quorum für eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss erreicht. „Das ist doch eine schöne Gelegenheit, mit diesen jungen Menschen ins Gespräch zu kommen und eventuell die eine oder andere Anregung für die Umsetzung des Azubi-Tickets mit auf den Weg zu nehmen“, so Kati Engel. ■

Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

Die Instrumente

Die erfreuliche Nachricht: Die Instrumente der parlamentarischen Demokratie funktionieren und demokratische Fraktionen sind sich in wichtigen Punkten einig. Die unerfreuliche Feststellung: Was die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag veranstaltet, wird zunehmend zu einem höchst unappetitlichem Klamauk.

Aber der Reihe nach: Die letzten dreitägigen Landtagssitzungen im Februar waren in weiten Teilen gekennzeichnet von Blockadeversuchen und hasserfüllten Ausfällen der sich alternativ nennenden Fraktion am rechten Rand. Dies gipfelte am Abend des zweiten Beratungstages, derweil mehr als 200 Thüringer Handwerker auf den Beginn des parlamentarischen Abends warteten, in einem widerlichen Spiel der Auslegung der Geschäftsordnung.

Die AfD-Fraktion verweigerte, in Erwartung größerer öffentlicher Aufmerksamkeit bei Vertagung auf den nächsten Morgen, stundenlang die Debatte zu ihrem eigenen Gesetzentwurf zum Thüringer Abgeordnetengesetz (siehe Meldung auf Seite 9). Es gelang ihr allerdings nicht, dem Parlament ihren Willen aufzuzwingen. Da waren sich die demokratischen Fraktionen von LINKE, SPD, Grünen und CDU einig.

Am nächsten Tag legte Parlamentspräsident Christian Carius (CDU) deutlich nach: „Die intensiv geführte Debatte zeigt, dass die Geschäftsordnung des Thüringer Landtags nicht trivial ist.“ Dass die drei Parlamentstage im Februar auch einen neuen Rekord an Ordnungsrufen gebracht haben dürften, gehört ebenfalls dazu.

Das eine wie das andere sind keine Ruhmesblätter für das Parlament, das nicht nur in Thüringen von den Rechtspopulisten lediglich als Show-Bühne benutzt wird. Sich im demokratischen Spektrum allerdings einig zu sein und Missbräuchlern der Demokratie die Instrumente zu zeigen, darauf kommt es eben (auch) an. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.